

Kanton St.Gallen
Gesundheitsdepartement
Frau Regierungspräsidentin
Heidi Hanselmann
Oberer Graben 32
9001 St.Gallen

Elektronisch einreichen an: info.gesundheitsversorgung@sg.ch

Wattwil, 20. Dezember 2019

Vernehmlassung zur Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Am 23. Oktober 2019 informierte die Regierung über ihren Entscheid betreffend die Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde und eröffnete damit gleichzeitig die Vernehmlassung zur dazugehörigen Botschaft. Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung und nehmen wie folgt Stellung.

Vorbemerkungen

Durch die vorgesehene Schliessung des Spitals Wattwil würde die regionale Gesundheitsversorgung in Frage gestellt. Dem Toggenburg würde ein Versorgungsnotstand drohen.

Das Spital Wattwil ist das Rückgrat der regionalen Gesundheitsversorgung. Im Unterschied zu allen anderen Regionen im Kanton ist im Toggenburg die Dichte an Haus- und Fachärzten unterdurchschnittlich, und es gibt auch keine Privatkliniken.

Zudem verfügt das Toggenburg über eine besondere topografische Situation (als einzige Region im Kanton ohne Hauptverkehrsverbindung zu einem Spital) und eine dezentrale Besiedlungsstruktur, die es zu beachten gilt.

Schliesslich spricht auch die demografische Entwicklung bzw. die Altersstruktur für eine wohnortnahe ambulante und stationäre Versorgung.

Grundsätzliche Anmerkungen

Aus Sicht der CVP Wattwil erfüllt die Vernehmlassungsvorlage die Ansprüche, die an eine Strategie zu stellen wären, **keinesfalls in der geforderten Qualität**. Die Regierung hat bedauerlicherweise die enge betriebliche Sichtweise des Verwaltungsrates der Spitalverbunde aus dessen Grobkonzept vom Mai 2018 übernommen und blendet bestehende Strukturen, regionalspezifische Versorgungssituationen, volkswirtschaftliche Aspekte und Volksentscheide aus. Eine Strategie,

die langfristig funktionieren soll, müsste alle denkbaren Zukunftsszenarien berücksichtigen (Worst / Optimum / Best Case). Das hätte Offenheit im Denken und in den Ergebnissen vorausgesetzt.

Verfassungsmässiger Auftrag

Die **dezentrale** Gesundheitsversorgung ist ein Aspekt des in der Verfassung des Kantons St.Gallen enthaltenen Auftrags, eine für die Bevölkerung ausreichende Gesundheitsversorgung sowie die Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Mit dem vorliegenden Vorschlag würde von diesen Anforderungen massgeblich abgewichen und der bestehende **Verfassungsauftrag** ignoriert. Mit dem aktuell noch geltenden Spitalkonzept wird das Subsidiaritätsprinzip gelebt: Jene Leistungen, die auch in der erforderlichen Qualität jeweils durch ein Regionalspital erbracht werden können, werden dezentral erbracht. Dieses Modell sichert zum einen die Versorgung vor Ort und gewährleistet zum andern deutlich günstigere Fallkosten, als wenn alle Fälle durch das Zentrumsspital erbracht würden. Mit der Schliessung des Regionalspitals in Wattwil würde der Region Toggenburg die stationäre Grund- und Notfallversorgung entzogen und bewusst in Kauf genommen, dass es zu einem Versorgungsnotstand käme. **Dass die Gesundheitsversorgung zu den öffentlichen Versorgungsgütern – und damit zum «Service public» – gehört wie Feuerwehr, Polizei, Strassen, Schienen, Kultur oder Schulen, wird dabei ausgeblendet.**

Abgesehen davon richtet das gewählte Vorgehen, in welchem das Ergebnis der Volksabstimmung 2014 zum Vornherein als obsolet dargestellt und laufend durch nicht vorgesehene Entscheidungen Fakten geschaffen wurden, einen nicht zu unterschätzenden demokratiepolitischen Kollateralschaden an. Die Bevölkerung kann sich offenbar weder darauf verlassen, dass Beschlossenes umgesetzt wird, noch darauf, dass das **sensible Gut der Rechtssicherheit** gewährleistet ist. Damit werden Maximen, auf denen das **schweizerische Demokratieverständnis** beruht, ausgehebelt. In der Abstimmung 2014 wurde auf der Basis der Netzwerkstrategie mit Leistungskonzentration über fünf Spitalbauvorhaben entschieden, niemand hat über alle neun Spitalstandorte befunden. Dies alles führt zu einem massiven Vertrauensverlust in die Politik und deren Akteure, ja gemeinhin zu

Politikverdrossenheit mit den entsprechenden Ausprägungen und Auswirkungen, die – hoffentlich – auch die Verursachenden nicht wollen. Allein schon bei einem Blick über die Landesgrenzen würden die Konsequenzen eines solchen Abbaus des Vertrauens in den Staat erkennbar. **In anderen Ländern/Städten geht die Bevölkerung seit Monaten auf die Strasse!! Wollen wir ähnliche Zustände wie in Hongkong oder Paris?**

Unternehmerische Sicht

Regionalspitäler sind nachweisbar erheblich günstiger als Schwerpunkt- und Zentrumsspitäler. In einer Situation von absehbaren Kapazitätsbereinigungen ist es kaum nachhaltig, getätigte Investitionen zu vernichten, um gleichzeitig neue Investitionen zu tätigen. Stattdessen würde eine echte unternehmerische Handlung darin bestehen, die Strukturen möglichst so zu halten, dass flexibel auf die Entwicklung reagiert werden kann. Die vorliegende Strategie beruht hingegen darauf, dass nach einer Standortbereinigung dann der Staat jegliche Fehlbeträge übernehmen wird, was er mangels Alternativen dann auch tun muss.

Die im Spital Wattwil bisher getätigten Investitionen im Umfang von über Fr. 60 Mio. würden vernichtet – paradoxerweise würden mit dieser Entscheidung aber Investitionen in das Spital Wil von mindestens Fr. 170 Mio. notwendig. Zu erwarten ist, dass diese Zahl bis zu einer realen Umsetzung noch deutlich ansteigen dürfte (vgl. Kostenüberschreitungen Grabs). Damit sollen, so die Idee, die in den Spitälern Wattwil und Flawil wegfallenden Betten im Spital Wil kompensiert werden. Wozu, fragt man sich, wenn angeblich Betten-Überkapazitäten bestehen und inskünftig der stationäre Bereich zu Gunsten des ambulanten (tagesstationär) deutlich abgebaut werden sollen. Dabei ausgeblendet wird, dass sich die Patientenströme erfahrungsgemäss nicht an die Planungen halten: Aus dem Toggenburg werden sie schwerpunktmässig direkt ans KSSG oder nach

Uznach gehen. Sodann werden die Grössenverhältnisse und insbesondere die regionale Treue zu den einzelnen Spitalstandorten völlig falsch interpretiert.

Modell der «Integrierten Gesundheitsversorgung Toggenburg»

Die CVP Wattwil ist nach wie vor überzeugt, dass das von der Gemeinde Wattwil eingebrachte Modell «Integrierte Gesundheitsversorgung Toggenburg» mit dem «Spital Wattwil 2021» im Zentrum sowohl für das Toggenburg als auch für den Kanton St.Gallen die richtige Lösung ist. Dies wird auch durch die von PwC im November 2018 veröffentlichte Studie zur Entwicklung der Spitallandschaft unterstützt, die im Kern der Gesundheitsregion Ostschweiz im Jahr 2030 vom Zentrumsspital in St.Gallen und einem Kleinspital am Standort Wattwil ausgeht.

Das von der Regierung vorgeschlagene Modell «4plus5» mit einem Zentrumsspital, drei Regionalspitälern und fünf Gesundheits- und Notfallzentren ist **untauglich** und zielt über längere Sicht unweigerlich auf eine vom Verwaltungsrat bevorzugte Zentralisierung aller Spitalleistungen auf das **Kantonsspital St.Gallen** (KSSG) hin.

Die vorgeschlagene Verselbstständigung des Spitals Wattwil in einer neuen, eigenständigen Trägerschaft würde dem Vorhaben der Regierung und des Verwaltungsrates zur Entwicklung hin zu *einem* kantonalen Spitalstandort KSSG nicht zuwiderlaufen, sondern sie vielmehr ergänzen. Dies insbesondere angesichts der regionalen Ausgangslage und der ungenügenden Erreichbarkeit im Falle einer weiteren Zentralisierung: Wie der Begründung der PwC für ein Kleinspital im Toggenburg zu entnehmen ist, ist das Spital Wattwil auch im maximalen Zentralisierungs-Szenario für die Grundversorgung unabdingbar.

Wegen der vom Lenkungsausschuss gesetzten einschränkenden Prämissen – (maximal) vier Spitalstandorte KSSG, Grabs, Uznach und Wil; keine interkantonale und über die Spitalregionen übergreifende Betrachtung; keine Beteiligung des Kantons usf. – wurde der von der Gemeinde Wattwil eingebrachte Vorschlag leider überhaupt nicht geprüft, wie dies garantiert worden war.

Handlungsbedarf gegeben

Die CVP Wattwil anerkennt, dass eine Weiterentwicklung der Strategie der Spitalverbunde insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen nötig ist. Organisatorische und finanzielle Reformen sind zweifelsohne angesagt. Auf der Basis von einer ähnlichen oder gleichen Analyse lassen sich allerdings unterschiedliche Schlussfolgerungen oder Strategien ableiten. So ist es eine **dauerhafte Führungsaufgabe** – die offenkundig zu wenig wahrgenommen wurde –, betriebliche Optimierungen umzusetzen. Namentlich ist die Gemeinde Wattwil bereit, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung des KSSG zu leisten. Dieses soll die Zentrumsversorgung mit spezialisierten und hochspezialisierten Leistungen übernehmen, während alle anderen Spitalstandorte eine adäquate Gesundheitsversorgung gewährleisten.

Längere Wege, mehr Anonymität und höhere Kosten

In den für die Zentralisierung gesuchten Gründen wird in der Vernehmlassungsvorlage von einer erhöhten Mobilität gesprochen. Dabei geht jedoch vergessen, dass ein Weg in beide Richtungen die gleiche Distanz aufweist. Die Patientenströme gehen dorthin, wo Angebot und Qualität stimmig sind. Grundsätzlich ist der Vorschlag der Regierung auch umwelt- und verkehrspolitisch kontraproduktiv. Er hätte vermehrte Patienten-Transporte (per Ambulanz oder privat) und längere Arbeitswege für zahlreiche Mitarbeitende zur Folge. Das brächte noch mehr Verkehr auf Strasse und Schiene; dies bei einem Zubringer, der aus Richtung Toggenburg sowohl in Wil (innerorts) als auch auf der Autobahn (zu) oft durch das Verkehrsaufkommen und Unfälle stark eingeengt ist. Zu berücksichtigen ist zudem, dass die verbesserte Situation mit den Umfahrungen – Es handelt sich

nicht um Schnellstrassen! – im Toggenburg durch eine geplante Dosierungsstelle vor Wil wiederum egalisiert wird. Bereits heute sind Anfahrt und Parkplatz-Suche sowohl nach und in Wil als auch nach und in St.Gallen sehr zeitintensiv. Schienenverkehr und Busse können schon heute oft auch für Patientinnen und Patienten nur Stehplätze anbieten.

Heilung und Gesundung werden nicht nur medizinisch/somatisch erreicht. Die mentale Unterstützung durch Zuspruch aus Familie und Freundeskreis trägt einen wichtigen Teil dazu bei. Grössere Entfernung bringt schnell eine wesentlich geringere Besucherfrequenz. Die Patientinnen und Patienten werden zu Nummern mit Namensschild. Diese Erkenntnis gilt besonders für grosse – ja zu grosse Betriebe – in denen es öfters vorkommt, dass Angehörige stundenlang gesucht werden müssen, weil die relevanten Informationen innerbetrieblich nicht sichergestellt werden.

«Ergebnisoffenheit» und eine gesamtheitliche Sicht wurden vom Lenkungsausschuss zwar immer wieder betont – etablierten sich im Verlaufe des Prozesses jedoch nur als Lippenbekenntnisse. Mit den vorgegebenen Prämissen und den im Projekt beteiligten Personen und Institutionen auferlegten Denkverböten war es überhaupt nicht möglich, offen für andere Lösungen als jene im Grobkonzept zu sein. Dies manifestierte sich auch im Verlauf der Projektabwicklung und der Behandlung der Partner in den Teilprojekten 3 und 4, welche vor allem auf die Linie des Lenkungsausschusses gebracht werden sollten. Nach der Ankündigung, «unternehmerisch handeln zu müssen», scheint man mit dem nun vorliegenden Vorschlag weiter davon entfernt als je zuvor. Der Strategievorschlag ist von einer zentralistischen und monopolistischen – keineswegs einer unternehmerischen – Sichtweise geprägt, und in derselben Art soll auch noch eine weitere Entwicklung von der stationären hin zur ambulanten Leistungserbringung erfolgen.

Die Regierung hat es unterlassen, in den eigenen Erwägungen das Modell des Verwaltungsrates mit vier gesetzten Standorten zu hinterfragen. Insbesondere angesichts der standortspezifischen Gegebenheiten von Wil ist das kaum nachvollziehbar: ideale verkehrstechnische Lage an der Autobahn; Erreichbarkeit der drei Kantonsspitäler in St.Gallen, Frauenfeld und Winterthur innert 15-25 Minuten; kaum Positionierungschance gegenüber diesen drei Zentrumsspitalern; durch die Grenznahe eingeschränktes Umland; tiefe «Treue» der eigenen Bevölkerung; schlechte Gebäudesubstanz; hoher Investitionsbedarf; keine nachhaltige Wirtschaftlichkeit etc. Die Bedeutung des Standortes Wil wird angesichts dieser Umstände und Grössenverhältnisse völlig überzeichnet. Es ist unter diesen Umständen gegenüber Politik und Bevölkerung ein Affront, das Spital Wil als gesetzt zu bezeichnen und keine anderen Varianten zuzulassen.

Die vorgenommene Bewertung hat einzig zum Ziel, die im Grobkonzept angestrebte 4-Standorte-Strategie als einzigen gangbaren Weg darzustellen. Gerade bei der Erreichbarkeit ist die Beurteilung in Frage zu stellen. Im Kanton Zürich bspw. erreichen 99% der Bevölkerung innert 15 Minuten ein Spital mit Notfallstation. Dem Toggenburg droht eine massive Verschlechterung. Wegen der topografischen, geografischen und verkehrstechnischen Gegebenheiten ist es aus wesentlichen Teilen im Toggenburg kaum möglich, innert 30 Minuten eines der vier vorgesehenen Spitäler zu erreichen. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass das ganze Toggenburg ein beliebtes Wander- und Skigebiet ist und sich gemeinhin deutlich mehr Personen in der Region aufhalten, als hier wohnhaft sind. Somit bleibt die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet, und das Fazit ist falsch.

Bei der Versorgungssicherheit wird vor allem auf die Leistungskonzentration fokussiert. Diese ist aber sicherlich nicht standortgebunden bzw. kann auch dezentral erreicht werden, also bei den Patientinnen und Patienten. Gerade im Bereich der Akutgeriatrie ist es zielführend, wenn diese v.a. in jenen Regionen angesiedelt ist, in der die höchste Dichte an potentiellen Patienten ist. Deshalb dürften schon jetzt solche Abteilungen dezentral an den Standorten Altstätten, Walenstadt, Uznach und Wattwil geführt worden sein.

Unter dem Titel «gesamtwirtschaftlich-politische Dimension» wird eine regionalwirtschaftliche Wirkung anerkannt, jedoch nur eine steuerliche und äusserst rudimentäre Sicht der Wertschöpfung

vorgenommen. Der Hinweis, es würde ohne Veränderung zu höheren Steuern kommen, geht fehl, denn es lässt sich mit einem Einzelthema kein Kausalzusammenhang herstellen. Es wäre im Gegenteil typischerweise eine politische Aufgabe, über Umlagerungen oder Prioritäten zu diskutieren. Eine volkswirtschaftliche Betrachtung und Wertschöpfung wären mehr als Steuerertrag. Mehrfach hat die CVP Wattwil eine Wertschöpfungsrechnung für das Toggenburg verlangt, zumal 300 Arbeitsplätze verloren gehen, was für Wattwil 6-7% ausmacht. Dieses Anliegen wurde nicht berücksichtigt, und es gibt keine verlässlichen Angaben zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen. Im Kanton Uri wurde bspw. festgestellt, dass Spitäler eine Steigerung der Liegenschaftswerte und eine verbesserte Wissensökonomie begünstigen. Das Fazit in der Vernehmlassungsvorlage ist für das strukturschwache Toggenburg – in welchem der Kanton notabene gleichzeitig in anderen Bereichen investiert und mit der Schliessung des Spitals Wattwil den «Investitionsschutz» gefährden würde – abzulehnen.

Das **Spital Wattwil** wurde seit Jahren **systematisch ausgehungert**. Dem Toggenburg würden mit der vorgesehenen Schliessung des Spitals Wattwil nicht nur medizinische Unterversorgung, sondern auch ein arger Verlust an Attraktivität für Investoren und Zuzüger sowie ein massiver Arbeitsplatzabbau drohen. Mit über 200 Vollzeitstellen (mindestens 300 Arbeitsplätzen) ist das Spital Wattwil der grösste Arbeitgeber und ein wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region. Sein Verlust würde sich für Wattwil und das Toggenburg als Wohn- und Arbeitsraum extrem negativ auswirken, der Region gingen wohl um die Fr. 20 Mio. Wertschöpfung jährlich verloren.

Die Lösung einer 4-Standorte-Strategie war für den Verwaltungsrat und den Lenkungsausschuss offensichtlich von Anfang an klar. Über längere Frist wird aber wohl angestrebt, eine vollständige Zentralisierung auf das KSSG zu erreichen (vgl. VR-Grobkonzept). Im Bewusstsein, dass das 4-Standorte-Konzept sicher auf politischen Widerstand stösst, werden den von den Schliessungen betroffenen Spitalstandorten mit den noch zu erhaltenden Gesundheits- und Notfallzentren (GNZ) quasi «Zückerchen» bzw. «Globuli» gereicht. Das soll der Beruhigung von Politik und Bevölkerung dienen, dass die Versorgung doch nicht gänzlich eingestellt werde.

Aus Sicht der CVP Wattwil sind die regionalen GNZ, wie eines in Wattwil vorgesehen ist, weder zielführend noch überlebensfähig. Allein schon die geplante minimalistische personelle und medizinische Ressourcenausstattung zeigt, dass mit den GNZ keine qualitativ hochstehende Medizin mit teilweiser stationärer Behandlung angeboten werden kann. Ein solches GNZ kann weder die medizinischen Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen noch wirtschaftlich tragbar geführt werden. Es ist absehbar, dass auch die GNZ mangels Qualität, gutem Personal und wirtschaftlicher Überlegungen schliessen müssen – umso mehr, als der Staat mit den GNZ die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte konkurrenzieren und damit die Region auch für neue Hausärztinnen und -ärzte unattraktiv machen würde.

Die von der Regierung angestrebte Strategie «4plus5» wird auch aus diesem Grund wie erwähnt als untauglich beurteilt. Selbst die Regierung hält fest, dass das Modell nur funktioniert, wenn die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mitspielen (obwohl der Staat sie mit den GNZ konkurrenzieren würde). Daran zweifelt selbst die Regierung. Zudem lagen der Strategie, wie ebenfalls erwähnt, von Anfang an bestimmte Rahmenbedingungen zugrunde, die organisatorisch und wirtschaftlich nie hinterfragt wurden.

Die vorgesehene Umsetzung dieses Konzeptes würde im Toggenburg zu einem Versorgungsnotstand führen, denn den niedergelassenen Ärzten würde das Spital Wattwil als Partner fehlen. Ihre Belastung in der Grund- und Notfallversorgung würde weiter ansteigen. Bereits heute besteht eine Unterversorgung an Haus- und Fachärzten. Die Ansiedlung von Ärzten würde massiv erschwert, weil diese den Weg in die Region v.a. über das Spital Wattwil nehmen. Dieser Umstand würde wissentlich verstärkt und Unterversorgung in Kauf genommen. Auch damit würde der Zielsetzung, der Bevölkerung im ganzen Kanton eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung zu garantieren, widersprochen. Der vorgeschlagene Lösungsansatz wird von der CVP Wattwil abgelehnt.

Zusammenfassung und Fazit

Die vom Lenkungsausschuss gesetzten Prämissen und Denkverbote führen dazu, dass die Lösung «4plus5» scheinbar als einzig gangbarer Weg betrachtet wird. Insbesondere wird damit aber keine tatsächliche Lösung des strukturellen Problems entwickelt. Es ist absehbar, dass in geraumer Zeit erneut über weitere Schliessungen bzw. Zentralisierungen zu debattieren sein wird.

Es ist erforderlich, dass im Rahmen der Strategieentwicklung eine **tatsächlich gesamtheitliche Sichtweise eingenommen wird, keine Denkverbote auferlegt werden, grenz- und spitalübergreifende Lösungen** geprüft werden. Für den vorliegenden Bericht durfte dies offensichtlich nicht gemacht werden, weswegen falsche Schlussfolgerungen getroffen wurden und die angestrebte Lösung abzulehnen ist.

Beurteilung und Forderungen der CVP Wattwil

In Erwägung der vorangestellten Ausführungen kommt die CVP Wattwil zu folgendem Fazit:

1. Der von der Regierung vorgelegten «Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde» fehlt die strategische Ausrichtung gänzlich. Die so genannte Strategie verdient den Namen nicht, wurden dieser «Weiterentwicklung» im Prozess doch Prämissen bzw. Denkverbote unterlegt, die keine Optionen über die Vorstellungen des VR-Grobkonzeptes hinaus zulassen. Eine gesamtheitliche Betrachtung fehlt. Interkantonale und interregionale Aspekte und vor allem die unterschiedlichen regionalen Bedürfnisse bleiben vollständig unbeachtet.

Forderungen:

- Die Vernehmlassungsvorlage ist zurückzuweisen, der Prozess nochmals zu öffnen.
 - Die Strategie hat für die einzelnen Regionen und Standorte individuelle, versorgungsgerechte Konzepte vorzusehen. Dabei sollen auch Versorgungsmodelle mit nicht öffentlichen Institutionen und neue Trägerschaftsmodelle miteinbezogen werden.
2. Das von der Regierung beantragte Modell «4plus5» ist aus Sicht der Gesundheitsversorgung in nicht städtischem Umfeld sowie unter wirtschaftlichen Aspekten untauglich. Insbesondere blendet es die spezielle topografische, geografische, verkehrstechnische und klimatische Situation des Toggenburgs aus. Hier würde damit Unterversorgung drohen, wie es auch der Toggenburger Ärzteverein befürchtet. Die CVP Wattwil lehnt das Modell deshalb ab.

Forderungen:

- Das Modell «4plus5» ist nicht weiterzuverfolgen.
- Von weiteren Investitionen in das Spital Wil (insbesondere von den mind. Fr. 170 Mio. für den Bettenausbau mit jährlichen Abschreibungen von mind. Fr. 5 Mio.) und von der Ausstattung der SRFT mit einem Finanzbeitrag von Fr. 10 Mio. ins Eigenkapital ist abzusehen.
- Sollte ein Gesundheits- und Notfallzentrum (GNZ) dennoch ein Thema bleiben, könnte allenfalls – da die SRFT als nicht überlebensfähig beurteilt wird – in Wil ein Pilotversuch vorgesehen werden, um mehr Wissen und Erfahrungen über die Nutzung, die Kosten, das benötigte Personal und die Verschiebungen der Patientenströme zu erhalten.

3. Das Modell «4plus5» basiert weder auf standortspezifischen Patienten- und Betriebsdaten noch wurden interkantonale Patientenströme berücksichtigt; dies, obwohl die schweizweit freie Spitalwahl Patientenimporte und -exporte ergibt und ein «Betonieren» der Kantons Grenzen verunmöglicht. Einen so einschneidenden Strategieentscheid ohne Standortangaben zu fällen, ist fahrlässig und unverantwortlich.

Forderungen:

- Die Standortrechnungen sind transparent zu machen, zu entwickeln und zu führen.
- Für die Weiterentwicklung ist eine datenbasierte Strategie unter Einbezug der standortspezifischen Patienten- und Betriebsdaten sowie der Patientenströme zwischen den Kantonen und mit einer gesamtheitlichen, versorgungsorientierten Betrachtung zu erarbeiten.

Die Stellung des KSSG als Schwerpunkt- und Zentrumsspital für die hochspezialisierten medizinischen Angebote ist nachvollziehbar und richtig. Nicht nachvollziehbar ist hingegen:

- Es soll in Kauf genommen werden, dass die SRFT auch zukünftig nicht überlebensfähig sein wird. Somit wird bereits heute das Scheitern des vorgesehenen Modells eingestanden und angekündigt.
- Zugleich sollen die Vernichtung von bereits getätigten Investitionen in das Spital Wattwil im Umfang von rund Fr. 60 Mio., neue Investitionen in das Spital Wil in Höhe von mindestens Fr. 170 Mio. und die Ausstattung der SRFT mit einem Finanzbeitrag in das Eigenkapital in Höhe von Fr. 10 Mio. erfolgen. Das – insbesondere die Vernichtung der bereits erfolgten Investitionen in Wattwil – empfindet die CVP Wattwil als Affront gegenüber den Steuerzahlerinnen und -zahlern und gegenüber der Toggenburger Bevölkerung.

Forderungen:

- In einem neuen Strategievorschlag mit gesamtheitlicher Betrachtung soll das KSSG gestärkt werden. Insbesondere soll es auch die direkte operative und administrative Führung des Standorts Wil übernehmen, um die allseits gewollte Stärkung des KSSG zu garantieren und die Patientenexporte in dieser Region zu minimieren. Der Spitalverbund 4 (SRFT) ist aufzulösen.
 - Für das Toggenburg hat die Regierung das Modell «Integrierte Gesundheitsversorgung Toggenburg» (IGVT) mit eigenständiger Trägerschaft zu vertiefen und weiterzuverfolgen. Wenn die Regierung der SRFT Fr. 70 Mio. «schenken» könnte, kann sie auch einer eigenständigen IGVT-Trägerschaft die Spitalimmobilie in Wattwil kostenlos überlassen – nicht zuletzt auch mit Blick darauf, dass die Spitalliegenschaft «seinerzeit» bei der Umwandlung vom Gemeindespital in ein Spital des Kantons ebenfalls bereits unentgeltlich von der Gemeinde an den Kanton ging.
4. Weder der Volksauftrag aus der Abstimmung 2014 noch der Kantonsratsbeschluss über die Sanierung und Erweiterung des Spitals Wattwil werden umgesetzt, und seit Mai 2018 wurden im Spital Wattwil wiederholt Fakten geschaffen, um es systematisch auszuhungern. In der Vernehmlassungsvorlage und in der einschlägigen Medienmitteilung vom 23. Oktober 2019 hält die Regierung nun fest:

«Jahr 2024: Verschiebung stationäres Angebot aus Wattwil (Verlagerung operative Tätigkeiten per Ende 2019 nach Wil; Aufbau des Gesundheits- und Notfallzentrums in Wattwil vor 2024)»

Forderungen:

- Die von Volk und Kantonsrat 2014 beschlossene Vorlage ist zu respektieren.
 - Das ursprüngliche Vorhaben ist auf das neue Nutzungskonzept anzupassen.
 - Da noch unbekannt ist, ob und allenfalls welche Massnahmen umgesetzt werden sollen, ist auf eine Verschiebung der bestehenden stationären Angebote aus Wattwil nach Wil abzusehen. Es sind auf keinen Fall Leistungen ins ohnehin finanziell angeschlagene Spital Wil zu verschieben. Auch Mitarbeitende können nicht einfach verschoben werden.
5. Bislang ist die Gemeinde Wattwil im gesamten Prozess seit Mai 2018 bei den Verantwortlichen auf taube Ohren gestossen. Sie befürchtet deshalb, dass dies auch mit der vorliegenden Stellungnahme geschehen könnte.

Forderungen:

- In Berücksichtigung der vorangestellten Ausführungen fordert die CVP Wattwil für den Fall, dass die Regierung an der Weiterverfolgung ihres Modells festhalten sollte, als Minimumkonsens: Für den stationären Bereich wären die im Bericht als Variante B1 (Alternativkonzept optimiert mit Verkauf Flawil) bezeichnete Variante mit dem Leistungsangebot 5.7.1 (Schlussbericht KPMG) inkl. der stationären Akutgeriatrie (inkl. geriatrische Rehabilitation) für das Spital Wattwil umzusetzen.
 - Zugleich wären auch die Auflösung der SRFT (bzw. bei deren ohnehin absehbaren Ausfall) und die Weiterführung eines SV 4 als Spitalregion Toggenburg oder allenfalls eine Zuweisung des Spitals Wattwil in die Spitalregion 3 (Spital Linth) zu prüfen.
6. Die Regierung versteckt sich hinter den Entscheiden des Lenkungsausschusses und des Verwaltungsrates. Mit ihrer zentralistischen Spitalstrategie vernichtet die Regierung die Standortattraktivität der Landregionen. Arbeitsplätze gehen verloren, ebenso die dazu gehörenden Ausbildungsstätten (Regionalspital, Industrie und Gewerbe, Schulen, etc.)

Forderungen:

- Der Verwaltungsrat ist per sofort abzusetzen und es ist eine parlamentarische Spitalkommission zu etablieren. Der Verfassungsauftrag und der Volkswille von 2014 ist einzuhalten.
- Die Regierung hat die Bevölkerung und deren Anliegen ernstzunehmen.

Die CVP Wattwil dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung der eingebrachten Forderungen und Erwägungen.

Freundliche Grüsse

René Buri
CVP Wattwil
Präsident